

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.554.699

Wien, 6.9.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 7312/J des Abgeordneten Zanger betreffend Ansturm auf die Caritas wegen Mietschulden in der Steiermark** wie folgt:

Fragen 1, 8, 9 und 11:

- *Wie beurteilen Sie als Sozialminister die derzeitige prekäre Situation rund um die Mietschulden der österreichischen Bevölkerung, insbesondere den Ansturm bei den Beratungen zur Wohnungssicherung?*
- *Werden Sie sich als Sozialminister dafür einsetzen, dass in Zukunft nicht noch mehr Menschen delogiert werden?*
- *Wenn ja, welche konkreten Schritte werden Sie dagegen unternehmen?*
- *Inwiefern werden Menschen die von Delogierung betroffen derzeit seitens des BMSGPK unterstützt?*

Die COVID-19-Pandemie hat trotz Erleichterungen der Situation durch weitreichende Maßnahmen der Bundesregierung zu Einkommenseinbußen in den verschiedensten Gesellschaftsschichten geführt. Bei gleichzeitig steigenden Miet- und Wohnungspreisen hat dies zur Folge, dass Menschen zunehmend nicht mehr in der Lage sind, für ihre Wohnkosten

aufzukommen. Nach dem Auslaufen gegensteuernder Maßnahmen wie den „Corona-Mietstundungen“ rechnen Expertinnen und Experten nun mit einem Anstieg von Räumungsklagen und Delogierungen.

Aus sozialpolitischer Sicht muss dem entschieden und so rasch wie möglich entgegengewirkt werden, da Wohnen ein menschliches Grundbedürfnis ist und Obdachlosigkeit eine der schlimmsten Auswirkungen von Armut darstellt. Gleichzeitig wissen wir, dass die gesamtgesellschaftlichen Kosten für Prävention deutlich geringer sind als die Kosten für Delogierungen und Wohnungslosigkeit.

Wohnen liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Bundesländer, aufgrund des momentanen akuten Handlungsbedarfs wird mein Ressort jedoch zusätzlich 24 Mio. Euro für die Delogierungsprävention von Seiten des Bundes zur Verfügung stellen. Diese Mittel werden in Soforthilfen und Beratungsleistungen in der Wohnungssicherung und Delogierungsprävention fließen. Mit diesem 24 Mio. Paket ersparen wir den Betroffenen nicht nur die direkten Kosten im Zusammenhang mit Delogierungen wie Klagen und Räumungen, sondern auch viel persönliches Leid.

Das BMSGPK fördert darüber hinaus im Rahmen des Calls „COVID-19 Armutsbekämpfung“ beispielsweise auch ein Projekt der Caritas, das unter anderem der Prävention von Wohnungslosigkeit dient.

Fragen 2 und 3:

- *Wie viele Beratungsgespräche zur Wohnungssicherung führte die Caritas im Jahr 2020 durch?*
- *Wie viele Beratungsgespräche zur Wohnungssicherung führten andere Sozialeinrichtungen im Jahr 2020 durch? (bitte um Auflistung der jeweiligen Sozialeinrichtung und die Anzahl der Gespräche)*

Diesbezüglich liegen meinem Ressort keine Informationen vor.

Fragen 4 und 5:

- *Wie viele Anfragen zum Thema Wohnungssicherung wurden an das BMSGPK seit März 2020 bis dato gestellt?*
- *Haben die Anfragen, ähnlich wie bei der Caritas, im Vergleich zum Vorjahr zugenommen und wenn ja, wie stark haben die Anfragen zugenommen?*

Im genannten Zeitraum wurden 526 Schreiben zu diesem Thema im Bürgerservice eingebracht, davon waren allerdings 315 keine inhaltlichen Anfragen, sondern eine Petition zum Thema „Mietenstopp in der Corona Krise“. Die Anzahl der Anfragen hat im Vergleich stark zugenommen; im Jahr 2019 sind lediglich 18 Anfragen zu diesem Thema im Bürgerservice eingelangt.

Fragen 6, 7 und 10:

- *Wie viele Menschen sind derzeit akut von Delogierung betroffen? (bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*
- *Um welche Personen handelt es sich dabei jeweils? (bitte um Aufschlüsselung nach Nationalität und Aufenthaltstitel)*
- *Wie hoch schätzen Sie die derzeitigen Mietrückstände in Österreich insgesamt ein? (wenn möglich, bitte aufgeschlüsselt nach Bundesländern)*

Hierzu liegen meinem Ressort keine Daten bzw. Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

